

Subcutan



Zeitung der ver.di-Betriebsgruppe Charité CVK/CCM-Nr. 4/ 2004

Eine **G**esellschaft **mit b**eschränkter
Hoffnung
ist besser als eine
Gesellschaft **mit b**eschränkter **H**aftung



Charite im Griff der marktwirtschaftlichen Richter und der Logik der Konzerne Dezentralisierung auf Wunsch des Charite Vorstandes

Die Charite hat zur Zeit 15 000 Beschäftigte, 3500 Betten, 8000 Studenten, eine Milliarde Euro Jahresumsatz, vier Standorte.

Der Vorstand will neue Geschäftsfelder erschließen und Kooperationen eingehen. Zudem sei eine Internationalisierung der Forschung geplant. Partner könnten Universitäten in anderen Metropolen wie Paris, London, Moskau oder Peking sein. Das Leitbild der Charité laute künftig: Heilen, Helfen, Forschen, Bilden. Die Standortdebatte soll beendet werden. So will die Charité künftig sowohl als Ort der Hochleistungsmedizin als auch als Wirtschaftsunternehmen agieren, skizzierte Charité-Chef Detlev Ganten den Plan.

Alle vier Hauptstandorte in Mitte, Wedding, Buch und Steglitz blieben erhalten. Aber: "Kein Standort bleibt, wie er ist", sagte er.

Klinikumsdirektor Behrend Behrends referierte am 24.11.2004 in der Veranstaltung des Personalrates zum Thema Zentrenbildung. Würde der Klinikanker Charité weiter so wirtschaften wie bisher, so Behrends, dann liefe das Schiff auf Grund. Ändert sich nichts an den Ausgaben, werde die Charité im Jahr 2010 - pünktlich zur 300-Jahr-Feier des Traditionsklinikums - 212 Millionen Euro Defizit haben, warnte Direktor Behrends.

Die Charité müsse ihre Kosten um 20 Prozent senken. Theoretisch müßte jeder Fünfte der knapp 15 000 Beschäftigten gehen.

Mit der geplanten Bildung „dezentraler Zentren“ will die Charité-Spitze nun sparen. Der Slogan: "Effizienzsteigerung durch Dezentralisierung". Laut Behrends müsse sich die Uniklinik künftig "wie ein

privatwirtschaftliches Unternehmen aufstellen, um am Markt konkurrenzfähig zu sein."

Die Mini-Charités sollen wie Profitcenter arbeiten, mit voller Ergebnisverantwortung für wirtschaftlichen Erfolg und Qualität. "Es kann auch sein, daß man einige Zentren als GmbH verselbständigt, ", sagte Behrends.

Geleitet werden sollen diese Zentren jeweils von einem vierköpfigen Gremium: Einem Ärztlichen Direktor, einem Stellvertreter, einem kaufmännischen Leiter und einer Pflegedienstleitung. Der jeweilige Vorstand soll fünf Jahre im Amt bleiben und werde vom obersten Klinikumsvorstand eingesetzt und bei Bedarf abberufen.

Es werde beispielsweise ein Zentrum für Nuklearmedizin, eines für Labor- und eines für Tumormedizin geben. Langfristig rechnet Behrends mit einem Abbau von etwa 1000 Betten von derzeit 3500 auf 2500. Etwa 500 Pflegekräfte würden dadurch überflüssig. Allerdings sind keine betriebsbedingten Kündigungen geplant.

Bestand die fast dreihundert Jahre alte Universitätsklinikum bisher aus etwa 120 Kliniken, Instituten und Servicebereichen, soll sie auf Wunsch des Vorstandes künftig in 12 bis 15 Zentren gebündelt werden.

Die Frage ist nur, was da für wen, warum und nach welcher Logik geteilt, zentralisiert, geschrumpft werden soll. Die alte Charité hatte ihre Struktur und ihre Proportionen aus ihrem Auftrag, Menschen gesund zu machen und dies als Einrichtung einer Universität.

Die neue Logik, die kommt vom Markt. Es wird umgebaut, nicht wegen besserer Gesundheitsversorgung. Es wird umgebaut wegen größerer Gewinne. Und da gerade Weihnachten ist und die Zeit der besinnlich-klugen Zitate... Ein bißchen ist es, wie der Dichter sagt: „Da wird dann gehörig analysiert und klassifiziert. Dann hast du die Teile in der Hand. Fehlt leider nur das geistige Band.“ (Wer

rausbekommt, von dem das Zitat ist, erhält eine subcutan gratis mit Autogramm). Aber dieses geistige Band, hier also die Gesundheit, die ist G... & Co sch..., wenn nur das Rechenbuch stimmt.



Zentral- dezentral- sch....egal

Was der Vorstand will, ist die Personalkosten zu reduzieren. Kosten es, was es wolle. Haustarife, GmbH-Gründungen, Entsolidarisierung, Verselbständigung, Arbeitszeiterhöhung, Zusammenlegung von Abteilungen, Streichen der Schichtzulagen, Streichen von Weihnachts- und Urlaubsgeld scheinen dafür geeignete Mittel.

Eine Beschäftigte fragte Herrn Behrends am 24.11.2004: Was hat die Zentralisierung in Hamburg gebracht? Er antwortete ohne lange zu überlegen: „Personalkosten reduziert und wir haben 8 Stationen geschlossen.“

Ja, so ist das. Und wir sind den drei Heiligen Königen dankbar, arbeiten zu dürfen – oder sind es vielleicht doch nicht die heiligen drei Könige, sondern die vier apokalyptischen Reiter? Man sollte ihnen jedenfalls mal unter den Rock schauen.

Zwölf Argumente gegen längere Arbeitszeiten

Immer wieder empfohlen als Allheilmittel gegen Wachstumsschwäche und Arbeitsmarktkrise, sind längere Arbeitszeiten in Wirklichkeit eher das Ergebnis eines Wettrechnens von Milchmädchen. Das meint die Tarifpolitische Grundsatzabteilung von ver.di, die dazu hier zwölf Argumente vorlegt. Sie zeigen, warum die Politik verlängerter Arbeitszeiten nicht nur aus gewerkschaftlicher Sicht falsch, sondern auch gesellschaftspolitisch unmodern und kurzsichtig ist. Ein ausführliches, mit Daten untermauertes Argumentationspapier wird derzeit erarbeitet.

Publizistisch monatelang vorbereitet von Arbeitgeberverbänden, konservativen Politikern und Wirtschaftswissenschaft-

lern, denen „Nachfragepolitik“ ein Fremdwort scheint, wird die Tarifregelung für die Siemens-Standorte Kamp-Lintfort und Bocholt zusammen mit den verlängerten Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst der Länder als weiterer Türöffner benutzt, um die Arbeitszeiten in Deutschland auf breiter Front zu verlängern.

Die Fürsprecher verlängerter Arbeitszeiten von 40 und mehr Stunden pro Woche nennen als ihre Ziele,

- Kosten zu sparen,
- die angeblich schlechte Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft zu stärken,
- die Wachstumsschwäche zu überwinden und

- zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Dabei sind ihre Argumente längst von Tatsachen widerlegt. Ihre Rezepte haben sich als untauglich erwiesen und beruhen auf falschen Diagnosen. Die Nebenwirkungen ihrer Therapie schaffen größere Übel, als sie zu bekämpfen vorgeben.

- **Erstens: Deutschland ist nicht das Land der 35-Stunden-Woche.** Die durchschnittlichen Tarifarbeitszeiten sind hierzulande nur eine Stunde kürzer als in der Europäischen Union: 37,7 Stunden. Tatsächlich aber arbeiten die Vollzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland rund 40 Stunden pro Woche.
- **Zweitens: Es gibt keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Wochenarbeitszeit und Arbeitslosigkeit.** Europäische Länder mit kürzeren Arbeitszeiten als Deutschland zählen deutlich weniger Arbeitslose, Länder mit längeren Arbeitszeiten haben eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit. In der Europäischen Union betrug im Jahre 2002 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten 36,1 Stunden, die Arbeitslosenquote 8 Prozent. In den Niederlanden waren es 30,1 Stunden und 3,2 Prozent, in Deutschland 35,2 Stunden und 8,2 Prozent, in Spanien 38,6 Stunden und 13 Prozent.
- **Drittens: Im europäischen und internationalen Vergleich ist die deutsche Wirtschaft äußerst wettbewerbsfähig.** Das beweisen Exportüberschüsse und Lohnstückkosten. Selbst die *Financial Times Deutschland* schreibt, das Problem der deutschen Wirtschaft sei nicht mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.
- **Viertens: Wer die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängern will, verschleiert damit nur seine Absicht, die Löhne zu kürzen.** In den 80er und

zum Teil auch in den 90er-Jahren sind kürzere Arbeitszeiten mit geringerem Lohnanstieg bezahlt worden. Wäre die Arbeitszeit nicht verkürzt worden, hätten die Gewerkschaften höhere Löhne und Gehälter erreicht. Kürzere Arbeitszeit ist zugleich Frucht und Quelle höherer Produktivität. Denn sie senkt die Produktionskosten, wovon auch die Arbeitgeber profitieren. Eine verlängerte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich kassiert diese Effekte klammheimlich ein und reduziert das Stundenentgelt. Landläufigen Moralvorstellungen zufolge gilt so etwas als glatter Betrug.

- **Fünftens: Die 40-Stunden-Woche ist nicht das Ziel.** Sie gibt es faktisch ja schon in vielen Bereichen. Arbeitgeber und Politik aber wollen mehr: die „Flexibilität“ der Beschäftigten. Vielen droht die 42- oder gar die 45 Stunden-Woche.
- **Sechstens: Längere Arbeitszeit schafft und sichert keine Arbeitsplätze.** Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, wenn Unternehmen ihren Absatz nicht mehr mit Mehrarbeit und höherer Effektivität, sondern nur noch mit mehr Beschäftigten und erweiterter Produktion steigern können. Das Hauptproblem der deutschen Volkswirtschaft ist jedoch Wachstumsschwäche aufgrund der mangelnden Binnennachfrage. Wegen der daraus folgenden schlechten Absatzprognosen haben die deutschen Unternehmen keinen Grund, ihre Produktion auszudehnen und zusätzliche Leute einzustellen. Dasselbe gilt bei verlängerter Arbeitszeit. Denn sie bedeutet, dass mit gleich vielen Menschen mehr hergestellt werden könnte.
- **Siebtens: Längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich vernichtet Arbeitsplätze.** Wenn mehr Stunden auf weniger Köpfe verteilt werden, kann kostengünstiger produziert und

auf Arbeitskräfte verzichtet werden. Der Einzelbetrieb hat einen Kostenvorteil, kann seine Produktion vielleicht sogar ausdehnen und auch am Markt absetzen - allerdings auf Kosten anderer Wettbewerber. Sie werden diesen Schritt also nachvollziehen und den Vorteil des Einzelnen zunichte machen. Gesamtwirtschaftlich sinkt dann die Binnennachfrage, weil weitere Beschäftigte arbeitslos werden. Im Wettbewerb zwischen den nationalen Volkswirtschaften funktioniert dies genauso: Deutschland verlängert die Arbeitszeit, andere Länder ziehen nach. Das Ende der Spirale ist nach oben offen, die Ausgangslage wird auf höherem Niveau immer wieder erreicht - allerdings jeweils zu Lasten weiterer Arbeitsplätze.

Achtens: Längere Arbeitszeit steht Innovationen im Wege. Nicht mehr Produktinnovation und höhere Produktivität, sondern Kostenersparnisse stehen bei längerer Arbeitszeit im Vordergrund. Wer aber macht sich noch Gedanken über bessere Produktions- und Arbeitsabläufe, wenn geringere Kosten auch bequemer zu haben sind? Hoch entwickelte Volkswirtschaften zeichnet es aus, dass sie Innovation und Know-how fördern und entwickeln. Verlängerte Arbeitszeiten sind deshalb nicht gerade modern.

Neuntens: Längere Arbeitszeit ist frauen- und familienfeindlich. Kürzere Arbeitszeit hat für viele Frauen und Männer bessere Chancen geschaffen, ihre Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich miteinander zu teilen. Bei längerer Arbeitszeit werden Frauen hingegen wieder aus dem Erwerbsleben gedrängt und die Lasten der Erwerbs- und Familienarbeit wieder einseitiger den Frauen aufgebürdet. Längere Arbeitszeit und höhere Erwerbsquote für Frauen sind feindliche Schwestern. Oder sollen den Frauen etwa nur noch

„Mini-Jobs“ und kurzzeitige Teilzeitarbeit bleiben?

Zehntens: Längere Arbeitszeit wird für die Volkswirtschaft teuer. Länger arbeiten ist nicht gesund. Denn für Erholung und Regeneration der Arbeitskraft bleiben dann weniger Zeit. Zwar soll „wegen der Lage der Rentenkassen“ auch die Lebensarbeitszeit verlängert werden. Wer aber wegen längerer Arbeitszeit pro Woche früher erkrankt, kann im Alter nicht noch länger arbeiten. Statt dessen werden höhere Pflegekosten fällig.

Elftens: Längere Arbeitszeit passt nicht zu flexibler Arbeitszeit. Dauerhaft verlängerte Arbeitszeiten verringern die Spielräume für schwankende Arbeitszeiten. Deutschlands Branchen haben ein System hoch flexibler Arbeitszeiten entwickelt - fast überall mit Zeitkonten, Mehrarbeit, saisonal verteilter Arbeitszeit oder Gleitzeit. So kann auf Schwankungen in Produktion und Arbeitsanfall schnell reagiert werden. Würde die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit verlängert, dann wäre die Bandbreite für diese Schwankungen automatisch schmaler. Denn die Beschäftigten wären dann kaum bereit, über die längere Standardarbeitszeit hinaus weitere Stunden zu arbeiten.

- **Zwölftens: Längere Arbeitszeit senkt die Produktivität.** Arbeitswissenschaftlich ist es erwiesen, dass bei verlängerter Arbeitszeit die Leistung sich verteilt, pro Stunde also sinkt. Längere Arbeitszeit senkt die Arbeitsproduktivität, die aber gerade den Lohnkostenvorteil der deutschen Wirtschaft ausmacht.

Fazit: Sachlich spricht alles gegen längere Arbeitszeit. Sie löst kein Problem, sondern schafft nur neue. Unsere zwölf Argumente zeigen warum. Die Apostel längerer Arbeitszeit wissen allerdings einen starken Verbündeten an ihrer Seite: die Angst! Und diesen Partner setzen sie gezielt ein.

Doch für uns war Angst noch nie ein guter Ratgeber.

Jörg Wiedemuth, Leiter der Tarifpolitischen Grundsatzabteilung von ver.di



1-Euro-Jobs:

Zumutung für alle Beteiligten

Nach den neuesten Hartz-Gesetzen soll jeder Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger gezwungen werden können, sog. 1-Euro-Jobs in Krankenhäusern, Altenheimen und ähnlichen Einrichtungen zu übernehmen. Wer dem nicht nachkommt, erhält Sperren und bekommt weniger oder überhaupt kein Geld mehr. Dieses erinnert verdammt an Zwangsarbeit.

Es missachtet die Würde von Arbeitslosen und auch ihr Recht, einen Arbeitsplatz zu bekommen, der ihren Qualifikationen und ihren Wünschen entspricht.

Es missachtet aber auch die Würde der Patienten oder Klienten, die von unausgebildeten, unter Zwang stehenden Menschen gepflegt werden sollen.



Es missachtet zusätzlich die Rechte der Beschäftigten, weil diese „Billigkonkurrenz“ keinem anderen Zweck dienen soll, als Stellen einzusparen, ihre Arbeit zu dequalifizieren und Druck auf das Lohnniveau auszuüben. Wir sollen weich gekocht werden, im Dienstleistungsbereich zu noch geringerem Lohn zu arbeiten.

Wir fordern, Hartz IV und die 1-Euro- Jobs müssen weg.

Hartz IV: Armut per Gesetz – Weg damit!

Per Hartz-IV-Gesetz werden mit Beginn des nächsten Jahres zwei Millionen Menschen zusätzlich zur Armut verurteilt, mit ihren Familien sind es fast vier Millionen. Die Kinderarmut wird dramatisch zunehmen, schätzen die Wohlfahrtsverbände. Gleichzeitig macht der Staat die Spitzenverdiener um etwa 4 Milliarden Euro reicher. Diesen Betrag kostet die erneute Absenkung des Spitzensteuersatzes um weitere drei Prozentpunkte auf dann 42 Prozent. Allein dadurch spart ein Einkommensmillionär fast 31.000 Euro an Steuern im Jahr (einschließlich Soli- Zuschlag). Ein Bezieher von „Arbeitslosengeld II“ – schon der Name ist Augenwischerei, richtiger wäre „Sozialhilfe II“ – aber kann sehen, wie er bei 4.140 Euro im Jahr (12 mal Regelsatz von 345 Euro) nicht verhungert.

Und die Verarmungsspirale wird rasend beschleunigt. Von Lebensplanung keine Spur mehr. Ein Facharbeiter, Ingenieur, Softwareentwickler, ..., der heute noch in Brot und Arbeit steht, ein gutes Ein- und Auskommen hat, kann sich mit seiner Familie binnen eines Jahres im Heer der Armen und Ausgestoßenen wieder finden. Sein Traum vom eigenen Häuschen oder Eigentumswohnung wird zum Altraum, wenn er es noch nicht abbezahlt hat. Der Staat übernimmt höchstens die Zinsen, aber nicht die Tilgung. Also muss er es verscherbeln. Erst wenn sein Kleinvermögen (Sparkonto, Sparvertrag, Schmuck, Erbstücke, Auto, Briefmarkensammlung ...), wofür er jahrzehntelang gearbeitet und gespart hat, bis auf eine minimale Schongrenze (200 Euro pro Lebensjahr) aufgebraucht ist, bekommt er überhaupt ein staatliches Almosen. Gleiches gilt für seine Lebensversicherung, die er zum Verlust bringenden Rückkaufswert veräußern muss, wenn die Freigrenze von ebenfalls 200 Euro pro Lebensjahr, maximal 13.000 Euro, übersteigt.

Zudem muss er sich von der Politik, die unfähig ist, Arbeitsplätze zu schaffen, auch noch verhöhnen lassen. Jahrelang wurden die Renten gekürzt, mit der Maßgabe, jeder solle selbst für Alter und Notfälle Vorsorge treffen. Jetzt, mit Eintritt des Notfalls nimmt der Staat den Betroffenen das Ersparte weg und verordnet zum Elend der Arbeitslosigkeit auch noch die materielle Not.

Mit ihrer sozialreaktionären Politik enteignet die Bundesregierung die kleinen Leute, weil sie an das Milliardenvermögen der Großverdiener nicht ran will, sich nicht ran traut. Um fast 200



Milliarden Euro ist das private Geldvermögen im Krisenjahr 2003 gestiegen, meldet die Bundesbank in ihrem Juni- Bericht. Eine Steigerung um über 5 Prozent, auf die astronomische Summe von 3.922 Milliarden (3,9 Billionen) Euro. Wie das Investmenthaus Merrill- Lynch in seinem jüngsten Welt-Reichtumsbericht ergänzend berichtet, gehören den 756.000 Euro-Millionären in Deutschland (nur Geldvermögen, wie Wertpapiere, Aktien, Barvermögen, etc.) 2.913 Milliarden US-Dollar. Das sind fast 70 Prozent des gesamten Geldvermögens in diesem Land, das knapp ein Prozent der Bevölkerung sein eigen nennt. Eine Vermögenssteuer von nur einem Prozent, womit nur ein Bruchteil des jährlichen Vermögenszuwachses

weggesteuert würde, brächte zusätzliche Steuereinnahmen von 29 Milliarden Dollar oder mehr als 25 Milliarden Euro. Doch die Bundesregierung nimmt das Geld den Arbeitslosen, um es unter den Reichen zu verteilen.

Arbeitszwang ohne Arbeit

Was wurde den Arbeitslosen im Namen der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ nicht alles an Grausamkeiten zugemutet!? Und jetzt heißt es aus neoliberalen Expertenkreisen: Neue Jobs entstehen frühestens 2005. Mitnichten. Die OECD geht für das nächste Jahr von einer Verlangsamung der Weltwirtschaft aus, was dann die letzte Konjunkturstütze, den Export, einknicken ließe.

Zwei Prozent Wachstum jedoch, wie im zweiten Quartal dieses Jahres, werden mühelos mit einer besseren Auslastung der Kapazitäten und steigender Produktivität bewältigt – und mit 112.000 weniger Beschäftigten, wie die Statistik vermeldet. Ein hochprozentigeres Wachstum, so es denn käme, würden die Stammebelegschaften mit unentgeltlicher Mehrarbeit bewerkstelligen, wie sie jetzt auf Druck und Erpressung von Kabinett und Kapital in den Betrieben reihenweise durchgedrückt wird. Neueinstellungen bedürfte es dazu nicht.

Diese Logik produziert immer absurdere Ergebnisse. Eine Arbeitslosenhilfe in der bisherigen Art und Höhe „können wir uns nicht mehr länger leisten“, verkündete der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun. Die Frage steht anders: Wie lange können und wollen wir uns dieses Wirtschaftssystem leisten?

Quelle: <http://www.isw-muenchen.de/download/hartz4.pdf>



Die Verbrechen der Marktwirtschaft Arbeit macht krank, also arbeitet mehr!

Der Stress nimmt zu, die Arbeit wird mehr, und die Zeit, sie zu erledigen, kürzer. Ist doch fast überall das Gleiche? Genau, und

jetzt haben wir's schriftlich. Insgesamt 2200 Betriebe und 1400 Personalräte hat das Düsseldorfer Wirtschafts- und

Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) befragt und kam anschließend zu dem Ergebnis: Seit fast zehn Jahren wird das Arbeiten in Deutschland ungesünder. Der Stress nimmt zu, die Arbeit wird mehr, und die Zeit, sie zu erledigen, kürzer. In neun von zehn Betrieben ist das so, ergab die Umfrage. Den meisten Arbeitnehmern dürfte das aus dem Herzen sprechen.

Aber die Forscher der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten die Daten nicht aus diesem Grund. Die Umfrage platzt vielmehr in eine Zeit, da über längere Arbeitszeiten diskutiert wird, um Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. „Dabei hat noch vor etwa sechs Jahren eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey ergeben, dass die Produktivität umso höher ist, je kürzer die Arbeitszeit ist“, sagt Claus Schäfer, der beim WSI für die Erhebung verantwortlich ist. Das Ziel der Forscher ist es, diese Debatte mit ihrer Studie zu konterkarieren. Zumindest ist das ein gewünschter Nebeneffekt.

In erster Linie wollen die Wissenschaftler aber darauf hinweisen, dass sich gerade einmal die Hälfte aller Betriebe überhaupt um die Gesundheit ihrer Arbeitnehmer kümmert. Je kleiner die Firma, desto geringer das Interesse daran. Der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber bestätigt dies indirekt. Der Verband hat noch nie eine Studie darüber angefertigt, ob die jeweiligen körperlichen oder psychischen Belastungen in einem Unternehmen die Mitarbeiter schädigen könnten. Dabei fordert das Arbeitsschutzgesetz die Firmenchefs seit 1996 dazu auf, regelmäßig zu prüfen, wie stark die Beschäftigten gesundheitlich an ihrem Arbeitsplatz beansprucht werden. Dass solche „Gefährdungsbeurteilungen“ selten erstellt werden, führt das WSI darauf

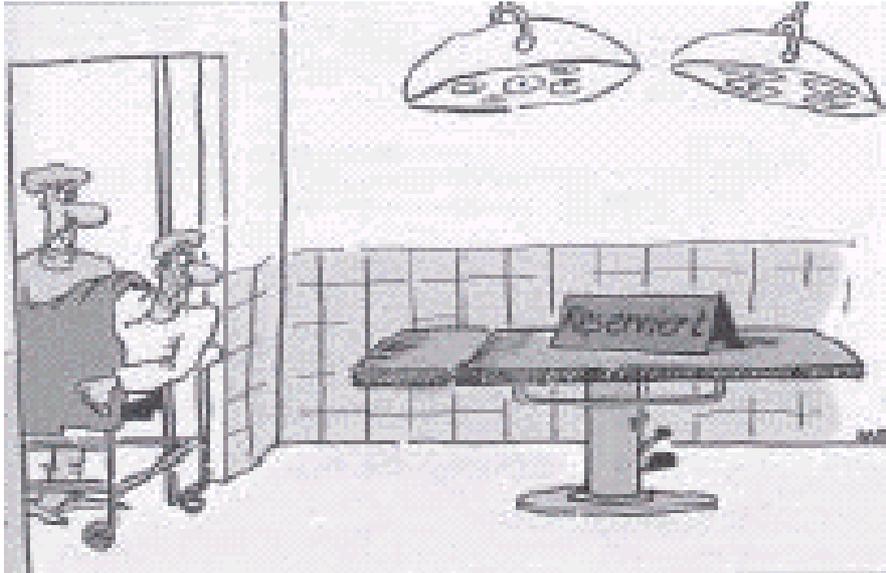
zurück, dass Gesundheitsvorsorge in den meisten Betrieben überhaupt kein Thema ist. Ganz abgesehen davon, dass sich Stress schlecht messen lässt, und das Interesse daran, ihn festzustellen, auf Arbeitgeberseite nicht außerordentlich groß sein dürfte. Kein Wunder, dass nur 14 Prozent aller befragten Firmen Betriebsvereinbarungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz haben.“ (*Auszüge aus einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 28.7.2004*)

„26 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland weisen psychische bzw. psychosomatische Erkrankungen und Beschwerden auf. Immer mehr Krankenkassen schlagen Alarm, weil ihre Kosten für die Behandlung von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen in den vergangenen Jahren dramatisch gestiegen sind.“ (*Aus einer Pressemitteilung des Bundesfachverbandes Betriebliche Sozialarbeit e.V. Tübingen*)

Und wie lautet die neueste Zumutung der Marktwirtschaft? Arbeitet mehr! Arbeitszeitverlängerung, Heraufsetzung des Rentenalters, mehr Druck, mehr Angst um den Arbeitsplatz. Jedenfalls für die einen. Für die anderen ist Arbeitslosigkeit geboten. Rechnet sich doch. Kann man schließlich bei den einen davon ausgehen, dass der Stress dafür sorgt, dass sie die Rentenkassen nicht mehr so lange belasten werden, während das bei den andern vielleicht der Alkohol oder gleich der Selbstmord tun. Und was sich rechnet ist schließlich richtig. In der Marktwirtschaft.

Wer sich darüber wundert, versteht nichts von der Wirtschaft.

Wer sich darüber aufregt, beginnt sie zu verstehen.



Bericht aus Vivantes GmbH- Kliniken

Wie läuft die Sanierung bei Vivantes?
 Seit Mai 2004 gilt für die Belegschaft der Vivanteskliniken ein „Notlage-Tarifvertrag“. Die Kolleginnen und Kollegen haben gezwungener Weise auf ihr Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichtet, um eine Sanierung von Vivantes zu ermöglichen und ihre Arbeitsplätze sichern zu können. Die Vivantes GmbH- Kliniken sollen 2008 laut Sanierungsprogramm ihre Ausgaben jährlich bis 185 Millionen € senken. Die Unternehmensberatungsfirma McKinsey sucht gegen die Bezahlung von mehreren Millionen € nach Wegen zur Kürzung von 185 Millionen €. 11 Einzelprojekten sollen bis Ende 2005 durch McKinsey Berater begleitet werden. Durch diese Projekte sollen die geplanten Einsparungen erzielt werden.

Was bedeutet für den Belegschaft?

- Das erste Opfer war die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld (wenn Vivantes Gewinne erzeugt, wird es Stufenweise bis 2009 eingeführt)
- Arbeitsverdichtung durch Stellenabbau von jetzt 10500 Vollstellen auf

geplante 9050 im Jahr 2008 bei gleicher Zahl an Patienten

- Erhöhte Arbeitsmenge durch erhebliche Personalreduzierung
- Erhöhter Druck auf die KollegInnen durch Kontrollen der Vorgesetzten
- Abbau von 154 Vollstellen im ärztlichen Dienst für das Jahr 2005
- Abbau von 148 Vollstellen im medizinisch- technischen Dienst (12% der Beschäftigten sind in diesen Bereichen betroffen)
- Die befristet Beschäftigten werden keine Verlängerung ihre Arbeitverträge erhalten
- Zusammenlegung von Bereitschaftsdiensten (teilweise fach übergreifend) z.B. chirurgischer und gynäkologischer Bereitschaftsdienst statt wie bislang mit je 2 nur noch mit einer Ärztin/ einem Arzt besetzt.

Die Aufgabe des Sanierungsprogramms ist: Sparen.

(info sind aus der Betriebsrat Zeitung Atlantis- vivantes GmbH)

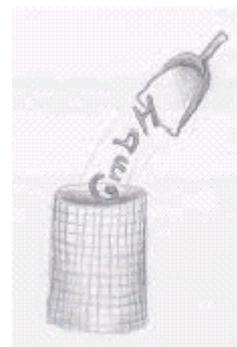


Wir verhandeln nicht ! (und das ist auch gut so !)

Betriebsgruppe Charité CVK/CCM

10 Grundsätze, die unsere Löhne und Gehälter betreffen

- 1. Die Gewerkschaft ver.di verhandelt nicht mit der Charité-Leitung über einen Haustarifvertrag.**
- 2. Wir verweigern uns den Absichten des Vorstands der umfassenden Lohn- und Gehaltskürzung, denn gerade im Fusionsprozess wollen wir unsere Arbeit angemessen vergütet sehen.**
- 3. Wir verweigern uns den Absichten des Vorstands die wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen, denn dieses ist eine Methode der Arbeitsplatzvernichtung.**
- 4. Der entscheidende Tarifpartner in der Charité ist und bleibt die Gewerkschaft ver.di.**
- 5. Wir bedauern, dass Mitglieder der Ärzteschaft der „Teile und Herrsche“-Ideologie des Vorstands auf den Leim gehen und in ihren Veröffentlichungen immer wieder den schnellen Abschluss eines Haustarifvertrags fordern. Sie erhoffen sich dabei eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Vergütungsbedingungen, blenden dabei jedoch aus, dass der Vorstand über die Zerschlagung des bisherigen Tarifvertrags auch in der Ärzteschaft Gehaltssenkungen vornehmen wird.**
- 6. Ein Haustarifvertrag für die Ärzteschaft würde durch noch schlimmere Einbussen beim restlichen Personal gegenfinanziert werden.**
- 7. Das tarifpolitische Ziel der Gewerkschaft ver.di ist die Rückkehr aller Universitätskliniken in die Arbeitgeberverbände und die bundesweite Verteidigung des Flächentarifvertrags.**
- 8. Wir werden einen tariflichen Sonderstatus der Charité nicht hinnehmen.**
- 9. Wir sind bereit einen Tarifkonflikt zur Verteidigung unserer verbrieften Rechte und Einkommen zu führen.**
- 10. Unsere Haltung hat einem Grossteil der Beschäftigten trotz Tariffucht das Urlaubs- und Weihnachtsgeld 2004 gesichert.**





Betriebsgruppenvorstand

**Betriebsgruppenvorstand der Charité-Universitätsmedizin Berlin
CVK/CCM**

Vorsitzender: Nuco Fener – (450)-572648

Stellvertretende Vorsitzende:

Kati Ziemer-(450)-575858

Stephan Gummert-(450)-553634

Weitere Mitglieder:

Carsten Becker-(450)-566025

Zohreh Safaei-(450)-555069

Bernd Böttcher-(450)-577218

Lutz Kortmann-(450)-577218

Dorothea Przybilla – (450)-569105 – ILP-CCM

e-mail: subcutanverdi@gmx.net

Die Würde der Menschen ist untastbar!

Es ist ein sehr schöner Satz, aber er hat leider in dieser Welt überhaupt keine Bedeutung. Wenn diese Aussage eingehalten würde, wäre die Welt ein Halbparadies.

Ich bin Zeugin der unmenschlichen Lebensweise alter Menschen, die ihre Kraft, ihre Energie für die Entwicklung dieser Welt geopfert haben. Sie werden sogar in ihrem Alter ausgenutzt. Sie leben allein in ihren Wohnungen und warten darauf, dass jemand sie innerhalb einer 1/2 Stunde, mit Waschen, Anziehen, Nahrung vorbereiten ,d.h. mit allem ,was ein Mensch zum Leben braucht, versorgt.

Diese alten Menschen sind Kapital für Unternehmer der ambulanten Pflege. Je länger sie leben desto reicher ist der Unternehmer. Wenn sie sterben, ist der Pflegemanager traurig und besorgt. Nicht etwa, weil ein Mensch so allein die Welt verlassen hat, sondern weil sie weniger Geld kassieren können, bis sie einen neuen Patient finden. Die Menschen, die Patienten werden als Kapital betrachtet. Alle Beziehungen zu dem Patienten haben nur ein Ziel. Wie viel kann man durch diesen Patienten kassieren.

Der Weg zu den Patienten wird nicht bezahlt. Deshalb muss man versuchen von der Pflege Zeit abzusparen, um die nicht abrechenbare Wegezeit zu ersetzen. Jeder Einsatz wird kürzer als die eigentliche Pflegedauer die durchgeführt werden soll. Durch diese Arbeitsweise wird die Pflegeperson gestresst , schwach und schnell krank. Der Patient kann keine Beziehung zur Pflegeperson aufbauen. Die Betroffenen wissen um den Zeitmangel, so dass selbst die Gelegenheiten für eine vernünftige Unterhaltung fehlen.

Diese Menschen haben ein Recht auf ein genussvolles Leben. Sie könnten in einer Einrichtung mit allen möglichen Beschäftigungsmitteln, ausreichender Pflege, genügenden Bezugspersonen ihr Leben zu Ende leben und müssten nicht über die Menge des Pflegegeldes oder die Kostenübernahme durch Versicherungen nachdenken. Das Leben der Menschen, die stets ihre Beiträge zur Renten-, Pflege- und Krankenversicherung sowie Steuern bezahlt haben, sollte nicht so enden. Das ist nicht fair.

Wenn ich solche unmenschlichen Beziehungen sehe, dann möchte ich gar nicht so lange leben um hilfsbedürftig zu werden. Ich muss immer wieder denken, dass die Welt grausam geworden ist. Solange Geld über die Menschen herrscht, wird es noch schlimmer.
(von einer Krankenschwester, sie arbeitet in einer Sozialstation)